



## Was soll Nikolaj Iwanowitsch glauben?

(FORTSETZUNG VON SEITE 1)

auf den sehr versöhnlichen Artikel, den, wie berichtet, die Moskauer „Prawda“ vor kurzem als Friedensfühler veröffentlicht hatte. Diese Antwort bestand, in einem Artikel der Pekinger „Roten Fahne“, in der Feststellung, Moskau nehme gegenüber Peking die Haltung des Herren an, der über dem Kopf seines Dieners den Stock schwingt und dazu schreit: Einigkeit! Einigkeit! — was soviel bedeute wie: Spaltung! Spaltung! Dann folgte eine noch „härtere“ Schimpferei in der Pekinger „Volkszeitung“, dem Zentralorgan der chinesischen KP, unter dem Titel „Woher die Differenzen?“, die sich als „Antwort an den Genossen Thorez (den Führer der französischen KP) und andere Genossen“ bezeichnet — die „anderen Genossen“ sind natürlich die russischen.

Da wird den Russen ein ganzes Sündenregister vorgehalten: Den ersten Bruch der kommunistischen Solidarität zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei, heißt es dort, habe es gegeben, als Chruschtschew 1959 Amerika besuchte

und in Camp David mit Eisenhower verhandelte; zugleich habe Moskau damals einen chinesisch-indischen Grenzzwischenfall als „bedauerlich“ abgetan. Das sei das erste Beispiel in der Geschichte gewesen, „daß ein sozialistisches Land, anstatt die be-

### Grippe?

Selbstansteckung verhüten!  
Tempo-Tücher nehmen!



waffneten Provokationen der Reaktionäre eines kapitalistischen Landes (Indien) zu verurteilen, ein anderes sozialistisches Land verurteilt hat“. Später habe Rußland die Verträge und Abkommen mit dem „Bruderland“ China einseitig und treulos zerrissen —, und zwar nicht zwei oder drei, sondern Hunderte solcher Verträge. Durch diese „böswillige Handlungsweise“ wollte Moskau einen wirtschaftlichen und politischen Druck auf China ausüben. Und statt „ihren eigenen Irrtum des Großmacht-Chaunismus“ einzusehen, hätten die Moskauer den chinesischen Kommunisten ihrerseits Irrtümer vorgeworfen. Aber Moskau solle nicht meinen, daß China nach seiner Pfeife tanzen werde...

Der Grundirrtum sei natürlich die falsche Idee, mit der Moskau hausieren gehe, „daß eine Welt ohne Waffen, ohne Armeen, ohne Kriege möglich sei, solange der Imperialismus und das System der Ausbeutung noch bestehen“. (Worauf Moskau zutreffend erwiderte, der Marxismus-Leninismus könne „nicht mit Bajonetten und Raketen verbreitet werden“.)

Nach alldem stellt China seine Bedingungen für eine Versöhnung: Moskau müsse seine Irrtümer einsehen und sich bei den Chinesen — aber auch bei den Albanern — entschuldigen; und vor allem müssen die jugoslawischen „Revisionisten“ verurteilt und ausgeschlossen bleiben.

Und dazu kommt nun die Anforderung an die Russen, sie sollten nicht „feig sein wie Mäuse“, sondern die chinesische Kritik an ihrer Politik veröffentlichen, damit das Volk entscheiden könne, wer die Wahrheit sagt und wer Verrat an den Grundsätzen übt. Wörtlich heißt es dort mit allem kommunistischen Pathos: „Das Gespenst des Dogmatismus, des wahren Marxismus-Leninismus geht um in der Welt und es droht euch (Moskau). Ihr habt kein Vertrauen zum Volk und das Volk hat kein Vertrauen zu euch. Ihr habt euch von den Massen geschieden, darum habt ihr Angst vor der Wahrheit...“

Das Volk! Da kommen wir wieder zu einer der großen Lügen des Kommunismus: das Volk! Das haben sie ja beide, die Kommunisten Moskau und Pekinger Observanz, mundtot gemacht. In jedem Land, in dem sie herrschen, haben die Kommunisten sich gewaltsam an die Stelle des Volkes gesetzt und alle Rechte, die sie ihm theoretisch zuerkennen, dem Volk in Wahrheit geraubt.

Das Volk, das da entscheiden soll — das wäre ja unser Nikolai Iwanowitsch. Der weiß ja gar nichts von der Schwere des Moskau-Pekinger Konflikts — so wenig wie er von den Verbrechen Stalins wußte. Der will vielleicht gar nichts davon wissen; der ist schon froh und zufrieden, wenn man ihn in Frieden läßt, wenn er sich nicht mehr jeden Tag vor der grundlosen Verhaftung fürchten muß.

Aber eines ist gewiß: Würde man den Nikolai Iwanowitsch wirklich fragen — er würde zweifellos für jene These entscheiden, die ihm den Rückfall in die Stalin-Zeit erspart, die chinesischen Kommunisten jetzt durchmachen, die er aber schon hinter sich hat. Für jene These, die ihn vor der täglichen Verhaftung und vor dem Krieg bewahrt. An das glaubt er: nicht an die „Unvermeidbarkeit des Krieges“, sondern an den Frieden. Choroscho, Nikolai Iwanowitsch!

O. P.

### Slanskys Ankläger zurückgetreten

Der Fall des tschechoslowakischen Obersten Gerichtshofes, Urvalek, ist „aus Gesundheitsgründen“ von seinem Posten zurückgetreten. Urvalek war in der Stalin-Ära Ankläger im Prozeß gegen den Generalsekretär der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei Slansky, der 1952 mit elf anderen Angeklagten zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

## Hauptfrage: Wer zahlt das Milliardendefizit?

(FORTSETZUNG VON SEITE 1)

In seiner Radiorede befaßte sich Außenminister Dr. Kreisky auch mit den Verhandlungen um die Bildung einer neuen Bundesregierung. So schwierig diese Verhandlungen auch sind, sagte Dr. Kreisky, sieht es nun doch aus, als ob man Anlaß zu vorsichtigem Optimismus haben könnte. Die Unterkomitees haben fleißig gearbeitet und man hat den Eindruck, daß in verschiedenen von ihnen bereits weitgehende Annäherungen erzielt werden konnten.

### DIE ZUSAMMENARBEIT MUSS VON DAUER SEIN

Eine der vielen Fragen, die uns seit Wochen intensiv beschäftigen, ist die des künftigen Arbeitsübereinkommens zwischen den Regierungsparteien, das, was früher Koalitionspakt genannt wurde. Was vermieden werden muß, ist, daß die Zusammenarbeit bei jeder möglichen Gelegenheit in Frage gestellt wird. Das ist notwendig, um zu verhindern, daß unser Land in eine permanente politische Krise gerät. Deshalb haben wir die Pflicht, ein Arbeitsübereinkommen zu schließen, das die politische Stabilität für die Legislaturperiode gewährleistet.

### WER TRÄGT ZUR DECKUNG DES BUDGETDEFIZITS BEI?

Vor allem aber bereiten uns die Verhandlungen über das Budget schwere Sorgen. Auch in dieser Frage gibt es zwischen den Parteien verschiedene Auffassungen darüber, woher das Geld kommen soll, mit dem das Budgetdefizit gedeckt wird. In den Debatten darüber geht es darum, welche Gruppen unserer Bevölkerung zur Deckung des Defizits in erster Linie herangezogen werden sollen. Daß die sozialistischen Unterhändler verlangen, daß neue Belastungen vor allem jenen auferlegt werden, die sie leichter tragen können, versteht sich von selbst.

## Beweise gegen Verbelen

Belgien stellt sie für den Prozeß zur Verfügung

Brüssel. „Wenn der Prozeß gegen den SS-Mann Robert Verbelen in Österreich stattfindet, dann wird die belgische Regierung den zuständigen österreichischen Gerichten selbstverständlich jene Tatsachen und jenes Beweismaterial zur Kenntnis bringen, auf Grund dessen die Schuld Verbelen festgestellt und seine Verurteilung zum Tode in Abwesenheit ausgesprochen worden ist“, erklärte der belgische Justizminister Vermeylen auf eine parlamentarische Anfrage.

Seitdem der belgischen Regierung

die Anwesenheit des ehemaligen SS-Offiziers Verbelen, der sich in Wien in Untersuchungshaft befindet und seinen Prozeß erwartet, bekannt ist, hat sie sich um die Auslieferung Verbelen bemüht. Diese Auslieferung ist jedoch jetzt nach endgültiger Zuerkennung der österreichischen Staatsbürgerschaft an den SS-Mann unmöglich.

Verbelen ist 1944 in Belgien wegen Kriegsverbrechen auf belgischem Boden (mehr als 100 Opfer) in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden.

malige Vorsitzende des Finanz- und Budgetausschusses des Nationalrates. Ferdinanda Floßmann wurde schon im Jahre 1925 in den oberösterreichischen Landtag gewählt, wenig später zog sie in den Nationalrat ein. Von 1934 bis 1945 war sie illegal tätig. Sie machte deshalb auch mehrmals mit den Gefängnissen des Faschismus Bekanntschaft. Nach 1945 wurde sie, diesmal als Vertreterin des Wahlkreises Wiener-Neustadt, neuerlich in den Nationalrat entsandt, wo sie den Finanz- und Budgetausschuß als Vorsitzende leitete. Diese Funktion behielt sie bis zu ihrem Ausscheiden aus dem aktiven politischen Leben im Jahre 1959.

tung haben. Diese kann nur gewährleistet sein, wenn im Ministerrat eine Atmosphäre absoluter Vertraulichkeit herrscht. Zweifel hierüber zu

### Belehrungen von der TASS nicht nötig

Schließlich nahm Außenminister Dr. Kreisky zu den sowjetischen Vorhalten wegen der geplanten Assoziation Österreichs mit der EWG Stellung. Die sowjetischen Ansichten sind uns nicht neu, sagte er. Sie werden seit Jahren in der einen oder anderen Form vorgebracht. Die österreichische Regierung behandelt die außenpolitischen Angelegenheiten mit großem Verantwortungsgefühl. Sie hat sich dabei immer von dem Grundsatz der Einhaltung eingegangener Verpflichtungen und Verträge

äußern, muß jedem Regierungsmitglied im Interesse des Staates und der Erfüllung seiner Aufgaben erlaubt sein.

und der strengsten Beobachtung der Neutralitätspolitik leiten lassen. Es besteht also kein Anlaß, uns hier Belehrungen zu erteilen, die besonders dann unerfreulichen Charakter haben, wenn sie von mächtigen Staaten kommen. Gewiß, Österreich ist ein kleiner und neutraler Staat, aber es ist auch ein unabhängiger und freier Staat. Daran sollten alle jene denken, die glauben, uns bei ihnen passend erscheinenden Gelegenheiten belehrende Vorhalte machen zu müssen.

## Klaus gegen Beamtenforderungen

Der Finanzminister verlangt eine Erhöhung des Sozialversicherungsbeitrages

In einer Rede in Hohenems in Vorarlberg teilte Finanzminister Dr. Klaus mit, daß er das Budgetdefizit unter anderem durch eine Erhöhung des Sozialversicherungsbeitrages vermeiden will. Gleichzeitig nahm er gegen die Gehaltsforderungen der öffentlich Bediensteten Stellung.

Ohne schwere Schäden für die Allgemeinheit können den Unternehmungen keine weiteren Lasten mehr aufgebürdet werden, nachdem ihre Preise an der Obergrenze angelangt sind. Eine Erhöhung der Gehälter für die öffentlich Bediensteten würde eine Kettenreaktion in der übrigen Wirtschaft nach sich ziehen.

### SLAVIK: WIR SOLLEN FÜR FREMDE FEHLER BÜSSEN

Vizebürgermeister Slavik nahm Samstag in einer Rede vor dem

Wiener Arbö scharf gegen die Finanzpolitik des Bundes Stellung. Hätten die Finanzminister in den Zeiten der Hochkonjunktur besser gewirtschaftet, dann wäre uns die

jetztige Situation erspart geblieben, sagte Slavik. Es geht aber nicht an, daß die Fehler des Bundes von den Bundesländern und den Gemeinden wieder gutgemacht werden sollen.

## Gedenken im KZ Mauthausen

Broda über die Verteidigung der Menschenrechte

Die Sozialistische Jugend veranstaltete Samstag im ehemaligen KZ Mauthausen eine Gedenkkundgebung für die Opfer des Faschismus, bei der Justizminister Dr. Broda sprach. Die Republik Österreich wird Bestand haben, wenn sie auf jenen Werten weiterbaut, die in Mauthausen mit Füßen getreten wurden und die dennoch so siegreich geblieben sind, sagte Dr. Broda.

Man darf freilich die Freiheit nicht erst verteidigen, wenn es zu spät ist, wie im Jahre 1938. Menschenrecht und Menschenwürde müssen täglich von neuem erkämpft werden.

### GEDENKSTUNDE IN BRAUNAU

Auch der Zentralsekretär der Sozialistischen Partei, Abgeordneter Probst, erinnerte Samstag in einer sozialistischen Bezirkskonferenz in Braunau am Inn an die Unterwerfung Österreichs durch das nationalsozialistische Deutschland vor 25 Jahren. Niemals wieder darf in Österreich eine solche Kluft zwi-

schen den großen politischen Parteien aufgerissen werden, wie sie damals eine Einigung zur wirksamen Abwehr der drohenden Aggression verhindert, sagte der Redner.

Das Präsidium des Verbandes Sozialistischer Studenten beschloß Samstag eine Resolution, in der die studierende Jugend aufgerufen wird, des 13. März 1938 zu gedenken und mit aller Kraft für die demokratische Zusammenarbeit einzutreten.

### EINE KUNDGEBUNG DER FREIHEITSKÄMPFER

Mittwoch um 18.30 Uhr veranstalteten die Sozialistischen Freiheitskämpfer eine Gedenkkundgebung auf dem Morzinplatz, wo das Gebäude der Gestapo stand. Die Gedenkrede wird Abgeordnete Rosa Jochmann halten. Die Freiheitskämpfer werden dann zum Denkmal der Republik nächst dem Parlament marschieren, wo Vizekanzler Doktor Pittermann eine Ansprache halten wird.

## Schuschnigg: Westmächte schuld

Eine Fernseherklärung des ehemaligen Bundeskanzlers

Köln. Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Dr. Schuschnigg, der jetzt in Amerika lebt, behauptete in einer vom Zweiten Deutschen Fernsehen ausgestrahlten Sendung, sein einziges Bemühen sei die Erhaltung der Selbständigkeit Österreichs gewesen. Er beschuldigte auch die Westmächte, Österreich im März 1938 im Stich gelassen zu haben.

Die französische Regierung habe ihn nur mit Worten unterstützt und der damalige britische Botschafter in Berlin habe sogar Österreich geschadet, indem er mit Hitler gegen Österreich intrigiert habe.

Die Volksabstimmung, die er vor 25 Jahren geplant hatte und die der Anlaß zum Einmarsch der Hitlertruppen war, sei ein letzter Verzweiflungsschritt gewesen, um die

Welt auf die ernste Lage aufmerksam zu machen.

Der 65jährige Dr. Schuschnigg gab sein Fernsehinterview in den USA, wo er derzeit Professor ist.

### Stanek will nicht für Senat kandidieren

Bozen. Der Generalsekretär der Südtiroler Volkspartei Hans Stanek, der wegen angeblicher Teilnahme an den Bombenattentaten in Untersuchungshaft ist, hat seine Kandidatur für einen Sitz im italienischen Senat zurückgezogen, um nicht die Abwicklung des Gerichtsverfahrens gegen die 164 Südtiroler, denen Terrorfähigkeit zur Last gelegt wird, zu verzögern.

Die Aufstellung Staneks als Kandidaten für den Senat hatte zu Meinungsverschiedenheiten geführt.

## Aktuelles in Kürze

### PREISSTEIGERUNG IM FEBRUAR: 1,4 PROZENT

Nach den Berechnungen des Statistischen Zentralamtes ist im Februar der Verbraucherpreisindex für einen durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt um 1,4 Prozent auf 113,4 Punkte (Durchschnitt 1958 = 100) gestiegen. Er war um 4 Prozent höher als vor einem Jahr.

### FERDINANDA FLOSSMANN — 75 JAHRE ALT

Am 12. März begeht eine Frau ihren 75. Geburtstag, die ihre Begabung und all ihre Kräfte seit ihrer frühen Jugend in den Dienst der sozialistischen Bewegung gestellt hat: Ferdinanda Floßmann, die ehe-